

## BGE 64 III 13

Bundesgericht (BGE), 1938-01-01, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_64\\_III\\_13](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_64_III_13)

FR: ATF 64 III 13

IT: DTF 64 III 13

### Volltext

12 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 3. Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung .- Gemäss Art. 7 lit. d al. 3 der Verordnung des Bundesrates vom 18. Dezember 1891 soll der Gläubiger, gegen dessen Betreibung Rechtsvorschlag erhoben worden ist seinem Fortsetzungsbegehren den Rechtsöffnungsentscheid beilegen. Geschieht dies, so hat das Betreibungsamt die Betreibung fortzusetzen, ohne irgendwelche Einwendungen gegen das Rechtsöffnungsverfahren zu hören. Diese sind vielmehr durch die gegen den Rechtsöffnungsentscheid zur Verfügung stehenden Rechtsmittel geltend zu machen. Die ~egenteilige Auffassung würde das Vollstreckungsorgan zu ~l~er ~ontrollbehörde des Richters in Vollstreckungs- streitigkeiten machen. Es genügt, dies aufzuzeigen, um das Unmögliche einer solchen Ordnung zu erweisen. Insbesondere kann nicht anerkannt werden, dass das Betreibungsamt die Zuständigkeit des Rechtsöffnungsrichters überprüfen dürfe (so Z. b. JV 50, 463 und JAEGER, Praxis I Art. 84 N. 2). Das Betreibungsamt hat sich daher mit Recht bei dem Einwand des Schuldners nicht aufgehalten, dass er seit der Zustellung des Zahlungsbefehls seinen Wohnort von St. Gallen nach Speicher verlegt habe und daher hier hätte angesucht werden müssen. Ob dem Schuldner der Rechtsöffnungsentscheid zugestellt war, darauf kam ebenfalls nichts an. Es genügt nach der cit. Verordnungsbestimmung, dass der Gläubiger ihn dem Fortsetzungsbegehren beilegte. Diesem war ja auch Folge zu geben, wenn der Rechtsöffnungsentscheid noch gar nicht in Rechtskraft erwachsen war, weil die Appellation dagegen offen stand ; nur dass dann die Pfändung lediglich mit provisorischer Wirkung stattfinden konnte (vgl. BGE 47 III 68, 55 III 173) und im Falle der Aufhebung des erstinstanzlichen Rechtsöffnungsentscheides durch die Appellationsinstanz dahinfiel. Auf ihm allfällig noch zustehende Rechtsmittel gegen den Rechtsöffnungsentscheid - den er nunmehr zugestellt erhalten hat - ist mithin der Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 4. Schuldner zu verweisen, eventuell auf die Aberkennungs- oder auf die Rückforderungsklage. Im Wege der betreibungsrechtlichen Beschwerde lässt sich die Fortsetzung der Betreibung nicht aufhalten. Demnach erkennt die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer .- Der Rekurs wird abgewiesen. 4. Entscheid vom 1. Februar 1938 i. S. keine und Matthel. Widerspruch nach Art. 106-109 SchKG. Der Dritte verwirkt sein Einspruchsrecht trotz Kenntnis von der Pfändung nicht, solange er nach Lage der Dinge, wie er sie in guten Treuen betrachtet, keine Veranlassung hat, etwas vorzukehren. Tierree opposition, art. 106 a 109 L P. Alors meme que le tiers a connaissance de la saisie, il n'est pas dohu de son droit d'opposition aussi longtemps que, d'aprffi l'idee qu'il se fait de bonne foi de la situation, il n'a pas sujet d'agir. Rivendicazione secondo gli art. 106-109 LEF. Il terzo, anche se e a conoscenza del pignoramento, non perde il diritto di rivendicazione fino a tanto che, secondo l'idea che in buona fede si fa della situazione, non ha motivo di agire. Das Betreibungsamt Biel vollzog am 9. Januar 1937 bei Arthur Racine eine Mobiliarplandung. Der Schuldner bezeichnete die Gegenstände als Eigentum der (in

Bem wohnenden) Tochter Ruth. Diese legte die vom Betreibungsamt angeforderten Beweismittel vor und bemerkte im Begleitschreiben : « ••• La mobilier .... est ma propriete (resp. aussi a mon frere et a ma soour) depuis 1924». Ihre Widerspruchsklage hatte nur teilweise Erfolg. Der Appellationshof des Kantons Bem kam mit Urteil vom 22. November 1937 zum Ergebnis, die Gegenstände Nr. I, 2, 3, 5, 6 und 13 der Pfändungsurkunde seien von der Klägerin und ihren zwei Geschwistern· gemeinsam zu gleichen Anteilen erworben worden, weshalb nur der der

14 Schuldbetreibung,.. und Konkursrecht. No 4. Klägerin zust~hende Miteigentumsanteil aus der Pfändung zu entlassen sei. Dass die beiden Miterwerber nach ihrer Verheiratung .(1929 bzw. 1935) ihre Anteile der Klägerin übertragen hätten, was sie selber bescheinigten, erachtete das Gericht nicht für erwiesen. Daraufhin haben nun die (in Lausanne bzw. Neuen- stadt wohnenden) Miterwerber die ihnen nach dem Aus- gang des Prozesses verbliebenen Miteigentumsanteile sofort auch noch beim Betreibungsamte geltend gemacht, und dieses hat darüber das Widerspruchsverfahren eröffnet durch Ansetzen der Bestreitungsfrist gemäss Art. 106 SchKG an den betreibenden Gläubiger. Auf dessen Be- schwerde hat dann aber die kantonale Aufsichtsbehörde mit Entscheid vom 6. Januar 1938 das Widerspruchsver- fahren als unstatthaft erklärt, weil die Miteigentumsan- sprachen erst nach Ablauf von zehn Tagen, seit die An- sprecher von der Pf"andung des Mobiliars Kenntnis er- halten, erhoben worden und daher als verspätet zu erachten seien. Mit Rekurs an das Bundesgericht halten die An- sprecher an der Wirksamkeit ihrer Anmeldungen fest. Die Schuldbetreibunga- und Konkurskammer zieht in· Erwägung : Gegenstände, die der Schuldner als Eigentum Dritter bezeichnet oder die ein Dritter zu Eigentum aIspricht, sind in letzter Linie zu pfänden (Art. 95 Aha. 3 SchKG), und es ist über den Drittanappruch das Widerspruchsver- fahren gemäss Art. 106-109 SchKG zu eröffnen. Neben der Anmeldepflicht des Schuldners, die sich aus Art. 91 SchKG ergibt, hat die Praxis auch eine solche des Dritten anerkannt . und ist dazu gelangt, dessen Einspruchsrecht gegenüber der Wandung als verwirkt zu erachten, wenn es nicht binnen zehn Tagen, seit der Dritte vom Sachverhalt Kenntnis erhalten hat, ausgeübt wurde (BGE 37 I 465 Erw. 2 = Sep.-Ausg. 14, 244 ff. und zahlreiche seitherige Urteile). Solche Verwirkung hat aber, wie ebenfalls längst erkannt worden ist, nicht einzutreten, wo die Ver- Schuldbetreibungs. und Konkursrecht. No 4. 15 zögerung der Anmeldung durch die Umstände gerech~ fertigt oder doch entschuldigt wird (BGE 48 III 49). Die richtige Anwendung dieses Grundsatzes muss zur Zulas- sung der Ansprachen der Rekurrenten führen, entgegen der allzu grossen Strenge gewisser Entscheidungen, w?nach als Rechtfertigungsgrund kaum etwas anderes als eIgent- liehe, objektive Verhinderung in Betracht gezog~n wer~en dürfte (vgl. BGE 49 III 108). Die Sorgfaltspflicht emes noch nicht durch Verfügung des Betreibungsamtes in das Verfahren einbezogenen Dritten darf nicht überspannt werden; werden doch dem Schuldner selbst, als einer Partei des Betreibungsverfahrens, Erleichterungen der Verteidigung zubebilligt wie das Nachholen eines ver- säumten Rechtsvorschlages unter bestimmten Voraus- setzungen und die Erstreckung der Beschwerdefrist z~ Geltendmachung der Unpfandbarkeit auf zehn Tage SeIt Zustellung der Pf"andungsurkunde, worin auss.erdem ~us drücklich auf das Beschwerderecht hingeWiesen WIRD. Solange der Dritte nach Lage der Dinge, wie er sie in guten Treuen betrachtet, keine Veranlassung hat, etwas vorzu- kehren, soll sein Einspruchsrecht nicht der Verwn:kung unterliegen. So verhielt es sich hier bis zur Beendigung des Widerspruchsprozesses, den die Schwester der Rekur- renten zunächst als Alleineigentümerin angehoben hatte. Der betreibende Gläubiger wurde keineswegs im

falschen Glauben gelassen, die Möbel seien Eigentum des Schuldners vielmehr bezog sich ja die Ansprache der Ruth Racme bereits auf das Ganze. Ob sie nicht wirklich Alleineigentümerin geworden sei, war zweifelhaft. Irrtum oder Unwissenheit über rechtliche Verhältnisse verdient nun nicht einfach als unbeachtlich bezeichnet zu werden; Wie Ja überhaupt die neuere Rechtsentwicklung dahin geht, die Berufung auf Rechtsirrtum nicht mehr schlechthin auszuschliessen (vgl. v. TUHR, OR S. 158). Nachdem das Verfahren gegenüber Ruth in Gang gesetzt war, kann Jedem falls den Rekurrenten nicht verargt werden, dass Sie vorerst dessen Ergebnis abwarteten, zumal sie gewillt waren,

Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No. 5. 17 Le pensioni di funzionari cantonali, in quanta abbiano il carattere di rendite d'invalidità. (art. 92 curo 10 LEF) e non quello di rendite di vecchiaia, sono completamente impignorabili anche nell'esecuzione promossa da un prossimo parente del pensionato. A. - Florian Gachet était employé de la Ville de Geneve. Atteint depuis longtemps d'une maladie grave, il a finalement été mis à la retraite pour cause d'invalidité dès le 1er mars 1937. Selon jugement de divorce du 4 mai 1925, Gachet avait été condamné à payer à son ancienne femme, Dame Lucie Perriard, une pension alimentaire de 100 fr. par mois. Depuis sa mise à la retraite, il ne verse plus la pension fixée par le juge. Dame Perriard a introduit une poursuite contre Gachet en paiement d'un arriéré s'élevant à 400 francs. L'Office de Geneve a saisi, le 1er décembre 1937, la somme de 60 fr. sur la pension touchée par le débiteur. B. - Par plainte formée en temps utile, Gachet a demandé l'annulation de la saisie. Statuant le 18 janvier 1938, l'Autorité genevoise de surveillance a rejeté cette plainte en tant qu'elle concluait à l'insaisissabilité absolue de la pension, mais a ramené la retenue à 40 fr. par mois. L'Autorité cantonale estime que la femme divorcée rentre parmi les personnes à l'égard desquelles l'insaisissabilité des pensions de retraite de fonctionnaires n'est que relative au sens de l'arrêt RO 61 m 22. O. - Par acte du 7 février 1938, Gachet a déféré cette décision au Tribunal fédéral en reprenant ses conclusions. Onaidtrant en droit : Le recourant invoque

Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No. 5. 17 Le pensioni di funzionari cantonali, in quanta abbiano il carattere di rendite d'invalidità. (art. 92 curo 10 LEF) e non quello di rendite di vecchiaia, sono completamente impignorabili anche nell'esecuzione promossa da un prossimo parente del pensionato. A. - Florian Gachet était employé de la Ville de Geneve. Atteint depuis longtemps d'une maladie grave, il a finalement été mis à la retraite pour cause d'invalidité dès le 1er mars 1937. Selon jugement de divorce du 4 mai 1925, Gachet avait été condamné à payer à son ancienne femme, Dame Lucie Perriard, une pension alimentaire de 100 fr. par mois. Depuis sa mise à la retraite, il ne verse plus la pension fixée par le juge. Dame Perriard a introduit une poursuite contre Gachet en paiement d'un arriéré s'élevant à 400 francs. L'Office de Geneve a saisi, le 1er décembre 1937, la somme de 60 fr. sur la pension touchée par le débiteur. B. - Par plainte formée en temps utile, Gachet a demandé l'annulation de la saisie. Statuant le 18 janvier 1938, l'Autorité genevoise de surveillance a rejeté cette plainte en tant qu'elle concluait à l'insaisissabilité absolue de la pension, mais a ramené la retenue à 40 fr. par mois. L'Autorité cantonale estime que la femme divorcée rentre parmi les personnes à l'égard desquelles l'insaisissabilité des pensions de retraite de fonctionnaires n'est que relative au sens de l'arrêt RO 61 m 22. O. - Par acte du 7 février 1938, Gachet a déféré cette décision au Tribunal fédéral en reprenant ses conclusions. Onaidtrant en droit : Le recourant invoque

la jurisprudence selon laquelle les pensions de retraite versées aux fonctionnaires publics cantonaux sont insaisissables dans la mesure où les lois cantonales les déclarent insaisissables, et il conteste que la femme divorcée jouisse à cet égard d'un privilège à l'instar de la femme mariée. Mais la jurisprudence consacrant AB 64 m - 1938 2

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.